



Kerstin Kaiser, Jahrgang 1960

**Kerstin Kaiser**, Jahrgang 1960, leitet seit vier Jahren das Moskauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die diplomierte Slawistin war in zahlreichen Funktionen in der PDS beziehungsweise Linkspartei aktiv. Unter anderem war sie stellvertretende Bundesvorsitzende, stellvertretende Landesvorsitzende in Brandenburg und Vorsitzende der Linksfraktion im Potsdamer Landtag.

Foto: privat

Das kurze Gedächtnis

Wie es wurde, was es ist – Splitter aus der deutschen Nachkriegsgeschichte

**75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Faschismus verbinden sich in der deutschen Politik alte Interessen mit neuen imperialistischen Gelüsten.**

Von Kerstin Kaiser

Kein Innehalten, kein Gedanke an Versöhnung. 2020 marschierte Deutschland mit Nato- und EU-Partnern militärisch fast dorthin, wo die Naziwehrmacht vor 75 Jahren gescheitert ist. Gestoppt wurden die Defender-Europe2020-Manöver nicht durch eine geschichtsbewusste deutsche Regierung und ebensolche europäischen Nato- und EU-Mitgliedstaaten, gestoppt wurden sie durch das Corona-Virus.

Wie durch ein Brennglas ist aus Zeit, Ort und Konzeption dieser Manöver ein roter Faden deutscher Nachkriegsgeschichte erkennbar. Zielstrebig folgte man ihm auf dem Weg, wenn auch nicht ohne Windungen und Wendungen. Niemals hätte er nach zögerlichem Beginn so erfolgreich werden können ohne die nachdrückliche Förderung durch die Westalliierten, vor allem aber durch die allmächtigen USA. So erfolgreich, dass heute auf Kritik an dem Fakt, dass wieder deutsche Soldaten bewaffnet an der Grenze zu Russland stehen, die Mehrheitsantwort schlicht lautet: »Na und?«

Damit hat sich ein Kreis geschlossen: Am 9. Mai 1955, dem zehnten Jahrestag des Siegs über den Faschismus, nahm die Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal am Ministertreffen der Nato teil (Beitritt drei Tage vorher). So erfüllte sich ein Teil der US-Nachkriegsplanung, die spätestens nach der Schlacht von Stalingrad begann und bereits im November 1945 ein Kriegsszenario mit Atombomben auf 20 ausgewählte Ziele in der Sowjetunion durchspielte.

**1. Die 1945 von Bertolt Brecht so genannte »bleiche Mutter Deutschland«, die »unter den Befleckten« auffalle, sitzt längst nicht mehr »besudelt unter den Völkern«. Im Gegenteil. Endgültig seit 1990 sitzt sie dort als europäische Großmacht, belehrend und fordernd. Sie lässt sich loben und manchmal feiern für ihre vorbildliche, international anerkannte Erinnerungs- und Geschichtspolitik. Sie pflegt intensiv einen Mythos, der nach schwerer Geburt heute fast Staatsräson ist.**

Alles daran zweifellos auch Richtige oder Lobenswerte musste jedoch in heftigen gesellschaftlichen, politischen und bildungspolitischen Debatten gegen konservative, restaurative und revanchistische Strömungen erkämpft werden. In Richtung Aufarbeitung kam von den (west-)deutschen Eliten nichts Bedeutendes und nichts von selbst.

Einige Stichworte aus der endlosen Reihe von Namen und Ereignissen, die über Jahrzehnte Anlass zum Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit und deren Fortwirkungen in die Gegenwart waren und die selbst für Zeitzeugen wohl schwer zu erinnern sind:

Da ist die so genannte 131-er Regelung, die zu massenhafter Wiedereinstellung nationalsozialistischer Beamter führte. Der Braunschweiger Remer-Prozess 1952 und der Frankfurter Auschwitz-Prozess, die Verjährungsdebatte um NS-Verbrechen, die Verfolgung von Eichmann und Barbie; Kiesinger-Ohrfeige, Filbinger-Todesurteile, Historiker-Debatten, Holocaust-Film und Holocaust-Mahnmal; Joachim Fests Hitler-Biografie und Martin Walsers Frankfurter Rede, in der er von der »Instrumentalisierung unserer Schande« spricht und auch von der »Moralkeule«, zu der Auschwitz sich nicht eigne.

1985 die Rede von Bundespräsident Weizsäcker zum 8. Mai 1945, in der das Datum erstmals offiziell als Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bezeichnet wird. Dann die Wehrmachtausstellung und die Geschichtsaufarbeitung nazi-verbandelter Institutionen wie Deutsche Bank, Geheimdienste oder Auswärtiges Amt. Verschleppte Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter, verweigerter Rehabilitierung der Deserteure bis 2002, der so genannten Kriegsverräter sogar bis 2009, oder auch die bis heute von keiner deutschen Regierung akzeptierten Entschädigungsforderungen Griechenlands ...

Hart umstritten in der Bundesrepublik war – im Unterschied zur DDR – auch die Anerkennung antifaschistischen Widerstands als Widerstand und nicht als Hochverrat an Deutschland oder gar als Terrorismus. In den ersten Jahren der BRD galt das selbst für die Attentäter des 20. Juli 1944, deren Anführer Hitlers Kriegspolitik bis zur Schlacht von Stalingrad im Wesentlichen mitgetragen hatten und die heute hoch angesehen sind.

Erinnerungs- und Geschichtspolitik halfen, die Flecken auf Deutschlands Ansehen zu säubern und wurden mit der Zeit in eine Art zivilgesellschaftlich-politisches »Reservat« geschickt. Dort sind sie heute fest verankert und einigermaßen finanziert als Teil einer Erinnerungskultur. Aus diesem Reservoir wird geschöpft, wenn es dem Ansehen Deutschlands dient, für Sonntags- und Gedenkreden. Die reale deutsche Europa- und Außenpolitik aber fühlt sich spätestens seit 1989 endgültig entfesselt von der Vergangenheit.

Ein Schlussstrich unter die Nazivergangenheit Deutschlands, wie ihn sich westdeutsche Eliten und ein großer Teil der Bevölkerung wünschten, konnte dank immer wieder aufkommenden Widerstands nicht gezogen werden. Die durchgängige, auch militärische Frontstellung gegen UdSSR und »Ostblock«, heute via Nato gegen Russland, war aber der wohl gern gezahlte Preis für die nun vollständige Westintegration und die Etablierung Deutschlands als eine der

Führungsmächte. Seit 1945/49 bis heute verbinden sich so alte deutsche Interessen mit neuen imperialistischen Gelüsten.

**2. Vor dem Hintergrund dieser Geschichte wundert es nicht, dass es einen Bereich gibt, der der Aufarbeitung und dem Gedenken in der Bundesrepublik unerbittlich entzogen wurde. Bis heute. Es sind die Opfer der Völker der Sowjetunion im Vernichtungskrieg der faschistischen Wehrmacht gegen den »jüdischen Bolschewismus« – die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilisten.**

Gegen alle Fakten zur Kriegsführung der Wehrmacht wurde die Legende von der »sauberen Wehrmacht« aufrechterhalten. »Schuldhaft verstrickt« (Ursula von der Leyen) war sie, das schon, aber eben kein systemischer Faktor der NS-Geopolitik jenseits aller Normen und Werte.

Erstmals brachte die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« in den 90er Jahren die systematische und strategisch geplante Einbindung des Militärs im Osten einer breiten Öffentlichkeit ins Bewusstsein. Hannes Heer, Verantwortlicher für diese erste »Wehrmachtausstellung«, nennt einige heute kaum vorstellbare Mittel der Weißwaschung der militärischen Todesmaschine in der frühen BRD:

»... die Adenauer-Regierung nutzte die Chance, um die Wehrmacht mit ihren ... zehn Millionen allein an der Ostfront eingesetzten Soldaten, zu amnestieren. Und die Westalliierten wurden gezwungen, das zu akzeptieren ...« Eisenhower, ehemals Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa und später Nato-Oberbefehlshaber, stellte 1951 öffentlich fest, dass der deutsche Soldat seine Ehre nicht verloren habe und dass es eine scharfe Trennung zwischen Hitler und seiner kriminellen Gruppe und der Wehrmacht gebe.

Konservative und Neonazis mobilisierten gegen die »Wehrmachtausstellung«, oft im Bündnis. Es gab Anschläge auf Ausstellungsräume. Bundeswehrsoldaten war es zeitweise verboten, die Ausstellung in Zivil oder Uniform zu besuchen. Offiziere der Bundeswehr durften an Veranstaltungen im Zusammenhang mit ihr nicht teilnehmen.

Kritik an der herrschenden Sicht auf die Geschichte wurde vielfach bekämpft und unterdrückt. Bücher – zum Beispiel von Heinrich Böll, Siegfried Lenz oder Erich Maria Remarque – erschienen nicht oder vollkommen umformuliert oder in der Übersetzung verfälscht, wie »Das Tagebuch der Anne Frank«. Filme, die an Nazidiktatur und Wehrmachtsverbrechen erinnerten, wurden unsynchronisiert (»Casablanca«), verboten oder verhindert.

Wie »Nacht und Nebel«, der erste dokumentarische Nachkriegsfilm über KZs und Naziterror von Alain Resnais. Er wurde bei den Festspielen in Cannes 1956 abgesetzt, auf Intervention der Bundesregierung. Die deutsche Botschaft gab damals zu bedenken: Dessen Vorführung könne »die Stimmung vergiften« und dem Ansehen der Bundesrepublik schaden, da der normale Zuschauer nicht in der Lage sei, »sich den Unterschied zwischen den kriminellen Anführern des Naziregimes und dem heutigen Deutschland klarzumachen«. Selbst die französische Bürokratie meinte, man solle den Film ausschließen, falls zu vermuten sei, dass seine Vorführung »Handelsrepressalien seitens unseres besten Kunden nach sich ziehen« könne. Dieser »beste Kunde« war West-Deutschland.

Ja, heute werden offiziell Fakten und Zahlen zu Opfern genannt: 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion starben im Krieg. 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee

gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft, wo etwa 3,3 Millionen von ihnen an Hunger, Kälte, Krankheiten oder Zwangsarbeit zugrunde gingen oder erschossen wurden.

Aber der Echoraum, in dem alle diese Zahlen und Fakten wirken, wurde längst renoviert, neue Möbel mit alten arrangiert. Darin sitzt die einst vor Scham erbleichte Mutter Deutschland, perfekt geschminkt auf einem komfortablen Sessel. Im Bunde selbst mit einigen, die sie vor 1945 mit Krieg und Vernichtung überzogen hatte, nutzt sie das kurze Gedächtnis der Heutigen: Denn so können aus Opfern Täter, aus Kriegsdrohungen Friedensangebote und aus Versöhnung Kampfansagen gemacht werden. Es ist Orwell'scher Neusprech, nach dem Motto: Wer die Macht über Geschichte hat, bestimmt auch Gegenwart und Zukunft.

Diesem Anspruch folgt die Erklärung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 mit dem Titel: »Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas«. Per Beschluss soll aus dem kollektiven europäischen Gedächtnis getilgt werden, dass die UdSSR und die Rote Armee die Hauptlast des Krieges und des Sieges über den Faschismus getragen haben. Die entsprechende Kodifizierung der Geschichte, wonach der Krieg ein Gemeinschaftswerk Hitlers und Stalins gewesen sein soll, verfolgt unter den heutigen Bedingungen Europas ganz andere Ziele als die Klärung historischer Fakten.

**3. Nach Jahrzehnten harter neoliberaler Politik reagieren Konservative aller Schattierungen in der EU auf wachsenden Druck populistischer wie neofaschistischer Strömungen und Parteien in ihren Ländern mit einer autoritären Wende. Sie experimentieren mit alten konservativen und neuen populistischen Konzepten – und auch mit militärischen Auswegen aus Krisen.**

Auf solchen Wegen wurde vor 100 Jahren in der »Zwischenkriegszeit« der Faschismus an die Macht gebracht – nicht nur, aber besonders barbarisch in Deutschland, mit verheerenden Folgen weltweit. Dieser Zusammenhang darf nicht aus dem öffentlichen Bewusstsein und der Politik verschwinden, wenn Demokratie und Frieden in Europa eine Chance haben sollen.